

Bundesregierung schafft noch mehr Bürokratie und gefährdet eigene Investitionsziele

Bundesminister Schneider treibt neues Naturschutzgesetz gegen die Interessen von Infrastruktur, Wohnungsbau und Industrie voran

Berlin, 18. August 2026 – Mit dem geplanten Natur-Infrastruktur-Gesetz (NATIF) droht die Bundesregierung ihre eigenen Ziele bei Infrastruktur, Wohnungsbau, Energiewende und wirtschaftlicher Erholung zu konterkarieren. Während Milliardeninvestitionen angekündigt und schnellere Genehmigungen versprochen werden, schafft das Bundesumweltministerium unter Minister Carsten Schneider neue Hürden für die Gewinnung der heimischen Rohstoffe, ohne die viele dieser Vorhaben nicht umgesetzt werden können. Sollte das Gesetz wie angekündigt am 26. August vom Bundeskabinett beschlossen werden, würden Flächen entwertet und Genehmigungskonflikte weiter verschärft. Der Bundesverband Mineralische Rohstoffe (MIRO) warnt deshalb eindringlich davor, die Versorgung Deutschlands mit Baurohstoffen durch zusätzliche Beschränkungen zu gefährden.

„Deutschland braucht Rohstoffe für Brücken, Wohnungen, Energiewende und Verteidigungsfähigkeit. Gleichzeitig erschwert NATIF die Gewinnung genau dieser Rohstoffe. Das ist der zentrale politische Widerspruch“, sagt Susanne Funk aus der MIRO-Geschäftsführung. „Die Bundesregierung kann nicht Milliarden in die Modernisierung des Landes investieren und gleichzeitig die heimische Rohstoffbasis dafür schwächen.“

Ausgerechnet heimische Rohstoffe werden ausgebremst

Aus Sicht von MIRO steht das geplante Gesetz damit im direkten Widerspruch zum Anspruch der Bundesregierung, Investitionen zu erleichtern, Infrastruktur schneller zu modernisieren und die industrielle Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu stärken. Statt Nutzungskonflikte abzubauen und Verfahren zu beschleunigen, drohen Hemmnisse und Hürden.

Besonders irritierend ist aus Sicht von MIRO die vorgesehene Ausnahme für sogenannte kritische Rohstoffe, die in Deutschland kaum gewonnen werden. Heimische Massenrohstoffe wie Sand, Kies, Quarzkörnungen und Naturstein sollen von dieser Ausnahme dagegen nicht profitieren. Gerade diese werden jedoch täglich und in großen Mengen für Wohnungsbau, Brückensanierungen, Schulen, Verkehrswege, Wasserbau und die Energiewende benötigt. Ausgerechnet die Rohstoffe, auf die Deutschland für praktisch jede Bau- und Infrastrukturmaßnahme angewiesen ist, sollen ausgebremst werden.

Rückschritt für den Wirtschaftsstandort Deutschland

Auch der von der Bundesregierung angeführte Bestandsschutz für bestehende Gewinnungsstätten löst das Problem aus Sicht von MIRO nicht. Rund 2.700 Unternehmen der Branche sind darauf angewiesen, ihre Lagerstätten über Jahrzehnte fortzuentwickeln. Sobald bestehende Genehmigungen angepasst oder erweitert werden müssen, können die neuen Barrieren greifen. Der angekündigte Bestandsschutz schafft damit keine verlässliche Planungssicherheit für die Entwicklung der Standorte.

„Schlimmer noch: Schon mittelfristig werden Sicherungsgebiete in den Regionalplänen und zukünftige Erschließungen dann kaum noch realisierbar sein,“ so Susanne Funk. „Die Versorgung mit heimischen Rohstoffen steht damit grundsätzlich auf dem Spiel!“

Für MIRO setzt der Regierungsentwurf damit zur falschen Zeit das falsche Signal: „Das NATIF-Gesetz ist ein Rückschritt für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Wer heimische Rohstoffe ausbremst, macht Infrastruktur- und Wohnungsbau teurer, Wege länger und Deutschland abhängiger“, so Susanne Funk.

MIRO fordert die Bundesregierung deshalb auf, den Gesetzentwurf zu stoppen. Naturschutz darf nicht gegen Rohstoffversorgung ausgespielt werden.

Ansprechpartner für Redaktionen:

Bundesverband Mineralische Rohstoffe e.V. (MIRO)

www.bv-miro.org

Susanne Funk, Geschäftsführerin Politik und Öffentlichkeitsarbeit

funk@bv-miro.org

Tel 030 – 2021 566 22

mobil 0175 699 5498

Sascha Kruchen (Pressearbeit)

kruchen@bv-miro.org

mobil 0171 813 97 99

Zum Verband: MIRO vertritt auf Bundes- und Europaebene die Interessen der Kies- und Sand-, Quarz- sowie Natursteinindustrie. Der Verband spricht für rund 1.600 Unternehmen mit fast 2.700 Werken in Deutschland, die ca. 22.500 Mitarbeiter beschäftigen. Sie stellen sicher, dass die jährliche Nachfrage nach den mengenmäßig wichtigsten Rohstoffen von etwa 500 Mio. t durch kurze Transportwege verbrauchernah bedient werden kann. Gesteinsrohstoffe wie Kies, Sand und Naturstein werden für die Erstellung von Wohn- und anderen Gebäuden sowie für den Bau und Erhalt von Verkehrswegen benötigt. Produkte aus dem Industriemineral Quarz werden von vielen Industriezweigen nachgefragt. Im wahrsten Sinne des Wortes bilden die Rohstoffe der Gesteinsindustrie die Basis unseres modernen Lebens.
